

## Forschung für die zivile Sicherheit

Mit dem neuen Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit (2012-2017)“ verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie den Schutz kritischer Infrastrukturen zu erhöhen und dabei eine verantwortungsvolle Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu halten. Entsprechend dem Leitmotiv „Sicherheit als Basis eines freien Lebens“ sollen mit dem Rahmenprogramm innovative Lösungen entwickelt werden. Diese neuen Sicherheitslösungen sollen den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen vor Bedrohungen durch Terrorismus, Sabotage, organisierter Kriminalität und Piraterie, aber auch vor den Folgen von Naturkatastrophen und technischen Großunfällen erhöhen. Die wesentlichen Ziele sind:

- Erhöhung der zivilen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unter Wahrung der Balance zwischen Sicherheit und individuellen Freiheiten
- Der Schutz lebenswichtiger Infrastrukturen für Verkehr, Kommunikation und die Versorgung mit Waren und Gütern, Trinkwasser und Energie
- Die Nutzung der wirtschaftlichen Chancen der zivilen Sicherheitsforschung durch die Etablierung Deutschlands zu einem der führenden Anbieter von Sicherheitstechnologien weltweit

Das neue Rahmenprogramm schließt an das erste nationale Sicherheitsforschungsprogramm von 2007 an. Es wurde unter Federführung des BMBF gemeinsam mit den Bundesressorts, insbesondere BMI, BMWi, BMG, BMELV, BMVBS erarbeitet. Aufbauend auf den Erfolgen des ersten Programms und vor dem Hintergrund neuer globaler Herausforderungen wird die Forschungsförderung auf folgende Schwerpunkte ausgerichtet:

- Gesellschaftliche Aspekte der zivilen Sicherheit
- Urbane Sicherheit
- IT-Sicherheitsforschung
- Sicherheit von Infrastrukturen und Wirtschaft
- Schutz und Rettung von Menschen
- Schutz vor Gefahrstoffen, Epidemien und Pandemien

Das Rahmenprogramm verfolgt einen integrierten Forschungsansatz, der die gesamte Innovationskette von der Forschung über die Industrie bis hin zu Endnutzern sowie Bürgerinnen und Bürgern einbezieht. Der Bedarf der Endnutzer - in diesem Fall Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie Betreiber kritischer Infrastrukturen - steht dabei im Fokus. Mit diesem Programm soll insbesondere der Aufbau von Sicherheitskompetenzen in der Gesellschaft unterstützt, die wissenschaftliche Basis der zivilen Sicherheitsforschung erweitert und ein Diskurs zur Ausgestaltung von ziviler Sicherheit in Deutschland angestoßen werden. Damit dient das Rahmenprogramm der Umsetzung von Impulsen aus der „Hightech-Strategie 2020 für Deutschland“, in der „Sicherheit“ als eines von fünf Bedarfsweldern identifiziert wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,



den europäischen Kontinent eint in diesen Tagen vor allem eins: die klirrende Kälte, die über uns alle hereingebrochen ist.

Aber auch auf einer anderen Ebene ist sich Europa

so einig wie lange nicht mehr. Die Staats- und Regierungschefs haben jetzt den europäischen Fiskalpakt fertig gestellt. 25 der 27 EU-Länder haben dem finanzpolitischen Pakt für mehr Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion zugestimmt. Sie werden bereits im März einen Vertrag unterzeichnen, der nach der erforderlichen Ratifizierung in den Mitgliedstaaten innerhalb der kommenden fünf Jahre in den EU-Rechtsrahmen überführt werden soll.

Damit ist unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Stabilitätsunion gelungen. Deutschland hat bereits 2009 eine Schuldenbremse im Grundgesetz festgeschrieben. Durch eine kluge und konsequente Haushaltspolitik haben wir es auch während und nach der Weltwirtschafts- und Finanzkrise geschafft, die Konjunktur stabil zu halten und nachhaltig wieder zu stärken.

Jetzt erklären sich im Rahmen des Fiskalpaktes alle teilnehmenden Staaten zu einer strengeren Haushaltsführung bereit. Sie verpflichten sich, eine Schuldenbremse in ihre Verfassungen aufzunehmen und akzeptieren zudem eine stärkere Haushaltskontrolle durch die EU. Sollten die Regeln nicht eingehalten werden, sind Sanktionen möglich. Darüber hinaus kann beim Europäischen Gerichtshof Klage erhoben werden.

So werden wir in Europa – auch dank des Einsatzes unserer Bundeskanzlerin – neues Vertrauen schaffen und nachfolgende Generationen entlasten, weit über die Kälteperiode dieser Tage hinaus.

Herzlichst

Ansgar Heveling MdB



## Waldbewirtschaftung in Deutschland vorbildlich

Bundesregierung stellt Waldstrategie 2020 vor

*Im Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fand am Mittwoch eine Anhörung zur Waldstrategie 2020 der Bundesregierung statt. Dazu erklärt der zuständige Berichterstatter Cajus Caesar MdB:*

„Knapp ein Drittel der Fläche Deutschlands besteht aus Wald. Der Wald hat für unser Land elementare ökonomische und ökologische Bedeutung. So liefert er jährlich über 100 Millionen Kubikmeter Holz, bindet 80 Millionen Tonnen Kohlendioxid und bietet über 10.000 Tieren und Pflanzen Lebensraum. Mit 100 Kubikmetern Holz ist in der Wertschöpfungskette ein Arbeitsplatz verbunden. Darüber hinaus ist der Wald ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung.

Umso wichtiger ist eine stringente Strategie zur nachhaltigen wirtschaftlichen Weiterentwicklung und zum Schutz unserer Waldgebiete. Die jüngst von der Bundesregierung vorgestellte Waldstrategie 2020 gibt hierbei die richtige Richtung vor.

Das haben auch die Experten in der öffentlichen Anhörung am Mittwoch mehrheitlich bestätigt: So ist die naturschonende und nachhaltige Waldbewirtschaftung in Deutschland weltweit vorbildlich. Die Verwendung von umweltfreundlich erzeugtem Holz als Rohstoff und für die energetische Nutzung bringt außerdem Wertschöpfung vor Ort. Zudem sind naturschonend und nachhaltig bewirtschaftete Waldflächen in der Regel artenreicher als stillgelegte Flächen. Weitere Flächenstilllegungen im Wald hält die große Mehrheit der Experten deshalb für falsch.

Kernpunkte der Waldstrategie 2020 sind unter anderem die natürliche Verjüngung der Wälder, der Einsatz von qualifiziertem Forstpersonal zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder sowie die einvernehmliche Lösung des Wald/Wild-Konfliktes zwischen Jägern und Waldbesitzern.

Wichtig ist nun, die Waldstrategie mit Erfolg in die Praxis umzusetzen. Hierfür ist ein konstruktives Miteinander aller gesellschaftlicher Gruppen nötig.“

## Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften

Der Entwurf enthält Regelungen darüber, wie die Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV) in Deutschland umgesetzt werden. Die IGV sind das wichtigste internationale Rechtsinstrument im Zuständigkeitsbereich der Weltgesundheitsorganisation für den Schutz der Gesundheit vor einer grenzüberschreitenden Ausbreitung von bedrohlichen Krankheiten. Der Gesetzesentwurf sieht u. a. vor, dass in Deutschland an fünf Seehäfen und fünf Flughäfen besondere Kapazitäten für den Gesundheitsschutz geschaffen werden, um im internationalen Handels- und Reiseverkehr auftretende Gesundheitsgefahren besser abwehren zu können.

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf Regelungen, mit denen in der Konsequenz aus den Erfahrungen mit der EHEC-Epidemie in Norddeutschland in 2011 das Meldewesen nach dem Infektionsschutzgesetz verbessert wird. Das Robert Koch-Institut soll künftig schneller über die infektionsepidemiologische Lage informiert sein. Die Meldepflicht für die Ärztinnen und Ärzte wird so gefasst, dass sichergestellt werden muss, dass die Meldung dem Gesundheitsamt innerhalb von 24 Stunden, nachdem der Arzt oder die Ärztin die Diagnose gestellt hat, zugeht. Die Übermittlungsfristen vom Gesundheitsamt über die Landesstellen an das Robert Koch-Institut werden so gefasst, dass die Übermittlung nicht mehr bis zu 16 Tage in Anspruch nehmen darf, sondern nur noch höchstens drei Tage. Außerdem werden die Weichen für bessere informationstechnologische Lösungen im Meldewesen gestellt.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 03/2012  
09. Februar 2012

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421  
Email:  
fabian.bleck@cducsu.de

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck

www.cdu-landesgruppe-  
nrw.de